

# Stolper Post

Tageszeitung  
für Stadt und Land



Ämtliches  
Publications-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3spalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 154

Donnerstag, den 3. Juli 1924.

48. Jahrgang

## Dr. Luther über die Finanznot.

Ein drohendes Defizit von 140 Millionen.

Der Berliner Vertreter des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ berichtet seinem Blatt über eine Unterredung mit dem Reichsfinanzminister Dr. Luther über die Finanzlage des Reichs, in der er u. a. sagte:

Der dem Reichstag kürzlich zugeleitete Haushaltsplan für 1924 weist einen Fehlbetrag von 470 Millionen Mark auf. Wenn das Reich trotzdem noch immer zahlungsfähig geblieben ist, so beruht das darauf, daß in dem seit dem 1. April laufenden Rechnungsjahr noch gewisse Beträge aus den in den Wintermonaten erhobenen einmaligen Steuern und aus den Darlehen, die die Rentenbank gefehlmäßig dem Reich gegeben hat, entnommen werden konnten. Freilich stehen diesen Beträgen gegenüber die Aufwendungen, die das Reich, um seine Währung zu erhalten, für den Ankauf der Goldanleihe hat machen müssen. Andererseits ist das Gesamtergebnis der Steuern in den ersten Monaten des Rechnungsjahres etwas günstiger gewesen.

Nur so war es möglich, die Lasten zu tragen, die uns durch die immer noch vorhandene Besetzung des Rhein- und Ruhrgebietes einschließlich der Vorenthaltung der dortigen Zolleinnahmen usw. immer noch auferlegt werden, obgleich im Sachverständigenrat auf das deutlichste dargelegt ist, daß die deutsche Wirtschaft diese Lasten nicht aufzubringen vermag.

Nach Schätzungen, die vor einigen Tagen gemacht worden sind, wird das Reich am 1. Oktober einen Fehlbetrag von etwa 140 Millionen haben, zu dessen Abdeckung weder neue Steuern möglich sind, noch eine längerfristige Anleihe bisher in Aussicht steht. In diese Summe nicht eingerechnet ist der Betrag, den das Reich zur Ermöglichung der Juli-Reparationsleistungen der Ruhrkohlenindustrie zur Verfügung stellen will. Die Frage der Deckung dieser Summen wird nicht geringe Schwierigkeiten bereiten.

## Helds Programm.

Vorstellung des neuen bayerischen Kabinetts.

Wie angekündigt, stellte sich am Mittwoch vormittag das mit so großen Schwierigkeiten zustande gekommene Kabinettsmitglied dem bayerischen Landtag vor. Die endgültige Besetzung seines Kabinetts gab Ministerpräsident Held wie folgt an:

Kultusminister Dr. Matt, Minister des Innern Ministerialrat Stübel, Finanzen Krausned, Justiz Gürtner, Soziales Schwab, Landwirtschaftsminister Herr, Handelsministerium von Weinel und als Vertreter der Deutschnationalen Staatssekretär Schmidt im Handelsministerium. Das Aeußere behält der Ministerpräsident selbst.

Ein völkischer Einspruch.

Die völkische Fraktion erhebt Einspruch dagegen, daß entgegen einem früheren Landtagsbeschlusse, die Zahl der Ministerien zu verringern, wiederum die alte Zahl der Minister trotz des Beamtenabbaues erschiene sei. Die Kommunisten ließen durch ihren Abgeordneten Nischenbrenner dem neuen Kabinetts als einer Interessenvertretung der kapitalistischen und liberalen Reaktion ihr Mißtrauen aussprechen. Der Vorsitzende der völkischen Fraktion hatte beansprucht, daß über die Ministerliste einzeln abgestimmt werde. Der Präsident befragte das Haus, ob auf diese Art, entgegen dem alten Prauch, vorgegangen werden solle. Das Haus verneinte dies mit großer Mehrheit. Das Kabinetts wurde dann von dem Hause gebilligt.

Die Programmrede Helds.

Die Programmrede Helds auf die Rheinfrage ein, die nicht nur eine deutsche Schicksalsfrage, sondern eine europäische Frage geworden sei. Der Ministerpräsident widmete dabei den Pfälzern besondere Worte der Anerkennung für ihren Abwehrkampf. Zur inneren Lage Bayerns führte Dr. Held u. a. aus:

Das oberste Ziel der Regierungen unserer Tage muß sein, jede Revolutionsgefahr zu überwinden durch die Erziehung zum Staat und für den Staat. Die verfassungsmäßige Regierung allein kann Trägerin der Staatsgewalt sein. Eine bewaffnete Macht außerhalb und neben der Staatsgewalt darf es in einem geordneten Staat nicht geben. Jede Nebenregierung führt auf die Dauer zum Ruin des Staates. Alle vaterländischen Bewegungen und Organisationen, deren Ziel die Größe und Wohlfahrt der Gemeinschaft ist, sind ausdrücklich zu begrüßen. Engherzige parteipolitische Ziele einzelner dürfen aber in solchen Bewegungen keine Rolle spielen.

Der Ministerpräsident betonte weiter, daß die Ungerechtigkeit mit der geltenden Staatsform es der Staatsregierung zur gebieterischen Pflicht mache, auf eine vernünftige Ausge-

haltung und Reform der Verfassung Bedacht zu nehmen, die sich nur in legalen Formen vollziehen dürfte. Für das Verhältnis Bayerns zum Reich

will Dr. Held, der bei dieser Gelegenheit ein Bekenntnis zum Reich, zu seiner Einheit, Geschlossenheit und Größe abgab, die bekannte Denkschrift der früheren bayerischen Regierung zur Nichtschmür nehmen. Insbesondere betonte er, daß in irgend einer Form wieder eine höhere Vervollständigung der bayerischen Eisenbahn und Post erreicht werden muß, und daß vor allem durch die Finanzhoheit des bayerischen Staates und seine eigene Finanzverwaltung, soweit es sich irgendwie mit den Bedürfnissen des Reiches und ihrer gesunden Entwicklung verträglich, wieder zurückgewonnen werden müssen.

Die Besprechung der Regierungserklärung, die von den Koalitionsparteien mit Beifall aufgenommen wurde, wird später stattfinden.

## Herriots wahres Gesicht.

Von vertrauenswürdiger Seite wird der „P. L.“ geschrieben: Herriot hat der polnischen Regierung versichert, daß er mit ihr weiter im Sinne der alten zusammen arbeiten wird. Er hat den sogenannten Sieg der Linksparteien in Frankreich für eine politische Variante erklärt, die Deutschland nur irreführen wird. Von einer Räumung des Ruhrgebietes könne auch seinerseits keine Rede sein. Er würde alles tun, um das Ruhrgebiet mit Frankreich zu vereinigen oder es zu einem internationalen Staat zu machen! Die Eigentümer des Ruhrgebietes sollen auch unter seiner Regierung dazu gezwungen werden, ihren Besitz an England und Frankreich zu veräußern.

Der zwischen Deutschland und Rußland ausgebrochene Zwist müsse diplomatisch hierfür ausgewertet werden, wobei Herriot den polnischen Minister in Paris zur äußersten Vorsicht und geschicktesten Führung der Verhandlungen ermahnt hat. Er (Herriot) sei ein guter Kenner Rußlands, aber er traue diesem Land nicht, weil die Käterregierung zwar alles unterzeichne, aber nichts erfülle. Ein Beitrag zu diesem Kapitel gäben die russisch-englischen Verhandlungen. Nachdem Rußland die de jure-Anerkennung durch England erreicht hätte, zögern sich die Verhandlungen nun schon seit drei Monaten hin, ohne zu einem Ziel zu kommen. Rußland will nur Anleihen erreichen, um mit Hilfe englischer und französischer Kapitalien seine Propaganda treiben zu können und die Weltrevolution vorwärts zu bringen. Herriot äußerte uns gegenüber, daß man Polen dankbar sein müsse, daß es das einzige Land sei, das die russische Propaganda offiziell verboten hätte und mit allen Mitteln bekämpfe. Deutschland trete nur deshalb für ein russisch-französisches Bündnis ein, um die französisch-polnischen Beziehungen zu zerstören.

Er persönlich werde mit den Russen verhandeln unter der Bedingung, daß die deutsch-französischen Fragen „Ruhr“ und „Reparation“ von russischer Seite nicht in die Debatte geworfen werden. Rußland muß sich vor Eintritt in die Verhandlungen mit Frankreich verpflichten, letzterem freie Hand gegenüber Deutschland zu lassen und sich grundsätzlich nicht in deutsch-französische Angelegenheiten zu mischen. Verhandlungsbasis wäre die Neutralität Rußlands im Falle eines deutsch-französischen oder deutsch-polnischen Krieges, Bevorzugung des französischen Handels und Bezahlung der russischen Schulden an Frankreich. — Soweit die Äußerungen Herriots.

Aus einem Bericht des Vertreters Polens in Paris geht hervor, daß Herriot ein erbitterter Gegner Deutschlands und kein Freund Rußlands sei. Der Bericht besagt ferner, daß die kommunistische Partei in Rußland nur 600 000 Mann stark ist und die umfassenden Vorbereitungen der russischen Emigranten in der Welt für einen Umsturz in Rußland allmählich Aussicht auf Erfolg gewinnen. Die russische Emigration in Frankreich hat Herrn Herriot gewarnt, mit der jetzigen russischen Regierung irgendwelche Abmachungen zu treffen, für die eine spätere russische Regierung die Verantwortung nicht mehr übernehmen könne. Dies alles hat dazu geführt, daß sämtliche Auslandsvertreter Polens die Anweisung bekommen haben, die Entwicklung der Lage in Deutschland unmittelbar oder mittelbar scharf zu beobachten, alle zehn Tage darüber zu berichten oder in dringenden Fällen ihre Nachrichten durch polnische Kuriere nach Warschau zu geben.

## Neue Kundgebungen in Japan.

Gegen das Einwanderungs-gesetz.

Wie aus Japan gemeldet wird, ist es aus Anlaß der Inkraftsetzung des Einwanderungsgesetzes in den japanischen

Großstädten zu neuen Protestkundgebungen gekommen. In Kioto haben an der Protestkundgebung eine Reihe höherer Offiziere und ungefähr 20 000 Reservisten teilgenommen. Die in Japan ansässigen Amerikaner sind von den Behörden gebeten worden, sich nicht auf der Straße zu zeigen, da man Angriffe auf sie befürchtet. In Tokio haben die Vertreter von 47 Universitäten und Hochschulen eine Proklamation verbreitet, in der sie auffordern, den 1. Juli als „Tag der Ungerechtigkeit“ in der Erinnerung des Volkes festzuhalten.

In beiden Häusern des Parlaments wurde eine Resolution angenommen, in der aufs neue das amerikanische Ausperrungsgesetz bedauert und gesagt wird, daß es die 70jährige Freundschaft der beiden Länder in erster Reihe mitnehme. Der Ministerpräsident Graf Kato erklärte, daß die japanische Regierung ihren Protest gegen das Gesetz aufrecht erhalte. Seinerseits hat der japanische Außenminister im japanischen Parlament eine ähnliche Erklärung abgegeben. Er sagte, der Grundgedanke der Außenpolitik Japans bestehe darin, unter gebührender Rücksichtnahme auf die anderen Länder die Rechte und rechtmäßigen Ansprüche Japans wahrzunehmen und den Frieden im fernem Osten sowie im Stillen Ozean sowie auch die allgemeine Sicherheit der Welt aufrecht zu erhalten. Unser Protest gegen die Aussperrungsklausel beruht auf der Ueberzeugung, daß die Handlung, die in dieser Klausel zum Ausdruck kommt, den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit widerspricht.

## Preussischer Landtag.

Berlin, 2. Juli.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Vereinfachung der Verwaltung.

Staatssekretär Meißner: Der Entwurf weist den Oberpräsidenten wieder die Stellung zu, die sie ursprünglich haben sollten, die sich aber durch die spätere Verwaltungsreform geändert hat. Die Vorlage beseitigt die Tätigkeit der Oberpräsidenten in der Kommunalaufsicht und Polizeiaufsicht zweiter Instanz und läßt das Verwaltungsverfahren bei der Instanz des Regierungspräsidenten seinen Abschluß finden. Der Oberpräsident wird von den Verwaltungsangelegenheiten entlastet und wird wieder als ständiger Kommissar der Minister derjenige, der über die Durchführung der Regierungspolitik innerhalb der Provinz zu wachen hat.

In Verbindung mit der Vorlage steht eine große Anfrage der Demokraten, die vom Abg. Dominicus (Dem.) begründet wird. Die von der Regierung vorgeschlagene Teilreform bringe nicht die notwendige Ersparnis, die durch den Abbau vieler höherer Verwaltungsbeamten und ganzer Behörden bei einer anderen Lösung erreicht werden könnte. Zu fordern sei dagegen die völlige Beseitigung der Regierungen unter stärkster Steigerung der Selbstverwaltung in den Gemeinden und Kreisen.

Abg. Dr. von Kries (Deutschn.) sieht in dem Entwurf nicht die Vorbereitung der notwendigen großen Verwaltungsreform, sondern befürchtet vielmehr, daß er den Weg zu ihr verbauen werde. Die Finanzlage Preußens gebiete aber Eile in der Verwaltungsreform. Durch weitgehende Dezentralisation müßten die Instanzen abgebaut werden. Der Abbau müßte bei den Spitzenbehörden, bei den Ministerien, beginnen. Der Redner beantragt die Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuss.

Abg. Dr. Badt (Soz.) sieht in der Vorlage nur den Anfang einer Verwaltungsreform. Abg. von Eymann (D. Vp.) hat zahlreiche Ausstellungen an der Vorlage, bittet aber, ihre Bedeutung nicht zu unterschätzen.

Abg. Loenarz (Ztr.) verlangt eine weit stärkere Betonung der Selbstverwaltung. In der gegenwärtigen kritischen Lage Preußens sei es aber nicht möglich, sofort eine grundstürzende Umwandlung der gesamten Verwaltung vorzunehmen. Abg. Schwenk (Komm.) bezeichnet die Vorlage als eines der schlimmsten Zeugnisse gesetzgeberischen Unvermögens. Abg. Dr. Preuß (Dem.) erklärt, bisher habe überhaupt alles enttäuscht, was unter dem neuen Regime an organisatorischen Änderungen der Staatsverwaltung herausgekommen sei. Nach Annahme des vorliegenden Entwurfs wird man einfach wieder von vorn anfangen müssen.

Innenminister Seevering verweist auf die große Bedeutung, die gerade jetzt im besetzten Gebiet die Regierungspräsidenten haben. Ihre Beseitigung sei in diesem Augenblick nicht möglich, auch in Hannover nicht, wo sonst die Folge eine Stärkung der welfischen Agitation sein würde. Die Kommunisten sind nicht berechtigt, sich auf die Selbstverwaltung zu berufen. Sie haben in ihren Instruktionen an die Gemeindevertreter zur Sabotage der Selbstverwaltung aufgefordert. Gewiß, die Reform bringt sehr wenig, aber wer





# Letzte Tage des billigen Verkaufs Freitag und Sonnabend

## Adolf Otto (früher Richard Haensch) Stolp i. Pom.

### Bekanntmachung.

Das Mitbringen von Hunden, das Fahren mit Kinderwagen sowie das Rauchen auf dem Friedhofe ist verboten. Der Friedhofsinspektor ist angewiesen, jeden Uebertretungsfall zur Anzeige zu bringen.  
Stolp, den 3. Juli 1924.  
Der Gemeindefürsorgeausschuss von St. Marien.

### Bekanntmachung.

Die für den Monat Juni d. Js. fälligen Krankenversicherungsbeiträge sind spätestens bis zum 10. d. Mts. bei uns einzuzahlen.  
Weitere Mahnung ergeht nicht. Nach Ablauf obiger Frist erfolgt zwangsweise Beitreibung.  
Stolp, den 2. Juli 1924.  
Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Stadtkreises Stolp.

### Bekanntmachung.

Im Monat Juli verkehren an allen Sonntagen auf unseren Strecken nachstehende Züge:

#### a) Strecke Stolp—Budow.

Zug 1	Zug 9		Zug 2	Zug 10
5 <sup>40</sup>	8 <sup>15</sup>	ab Stolp	an 9 <sup>17</sup>	11 <sup>45</sup>
7 <sup>15</sup>	9 <sup>55</sup>	an Budow	ab 7 <sup>36</sup>	10 <sup>20</sup>

Zug 9 hat Anschluß an den von Stolpmünde eintreffenden Zug 944. Für die Benutzung der Züge 2 und 9 wird Fahrpreisermäßigung derart gewährt, daß die einfache Fahrkarte auch für Rückfahrt gültig ist; jedoch nur für den Ausflugsverkehr nach Stolpmünde.  
Unsere Fahrkartenausgaben sind mit Fahrkarten Stolp-Stolpmünde ausgerüstet und können an den Schaltern mitgelöst werden.

#### b) Strecke Stolp—Zezenow.

Zug 24		Zug 11
8 <sup>00</sup>	ab Stolp	an 8 <sup>23</sup>
8 <sup>25</sup>	an Gabel	ab 7 <sup>47</sup>
8 <sup>40</sup>	ab " "	an 7 <sup>37</sup>
10 <sup>22</sup>	an Zezenow	ab 5 <sup>45</sup>

#### c) Strecke Stolp—Schmolfin.

Zug 15		Zug 26
6 <sup>43</sup>	ab Schmolfin	an 9 <sup>45</sup>
7 <sup>38</sup>	an Gabel	ab 8 <sup>55</sup>

#### d) Strecke Gabel—Stolpmünde.

Zug 40		Zug 41
7 <sup>50</sup>	ab Gabel	an 8 <sup>20</sup>
8 <sup>55</sup>	an Stolpmünde	ab 7 <sup>25</sup>

Für sämtliche Züge gelten die einfachen Fahrkarten auch für Rückfahrt.  
Stolp, den 1. Juli 1924  
Die Bahnverwaltung.

### Krieger-Verein 1876 Stolp

Sonnabend, den 5. d. Mts., abends 8 Uhr im Schützenhause Feier des  
48. Stiftungsfestes.  
Der Vorstand.

### Asbest-Dachschiefer

in deutschen und englischen Grössen  
Der beste Dachschiefer  
an Festigkeit und Haltbarkeit unerreicht.

C. D. Ramm, Hamburg 8, Brauerstr. 27.  
Fernspr.: Roland 3843. — Vertreter gesucht.



Fussbälle,  
Fussballstiefel,  
Fussballjacken,  
Fussballhosen,  
Fussballstutzen,  
Fussball-Tornetze  
in grösster Auswahl.

Sportartikel für jeden anderen Sport.

## Paul Schröder, Schuhwaren- u. Sporthaus

Stolp, Paradiesstraße 2      Köslin, am Markt 17  
Fernruf 818.      Fernruf 622.

## Generalagentur

für Hinterpommern

von größtem deutschen Versicherungskonzern zu vergeben. Bestand vorhanden.

Feste Zuschüsse, Spesen.

Angebote unter G. 650 an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Zuverlässige  
Zeitungsträger  
für sofort gesucht.  
Verlag der Zeitung  
„Stolper Post.“  
Ev. luth. Blautkreuz-  
verein:  
Donnerstag, den 3. Juli  
1924 abds. 8 1/4 Uhr Versam-  
mlung in dem Saal der  
Schloßkirche.



in nur besser und geschmackvoller Ausführung in Weide und Rohr für Sanatorien, Krankenanstalten, Wärterräume usw.  
beziehen Sie am vorteilhaftesten, da kein Zwischenhandel, beim  
Oberfränkischen Korbmöbel-Verbandhaus  
Kronach (Oberfranken).

## KOIFFA Brand

fix u. fertig

für den sparsamen guten  
Haushalt, der auf  
höchste Qualität  
sieht.

Jeder Stand trinkt Brand

### Kupfertessel

in bester Ausführung (handgearbeitet)  
sämtliche Kupferschmiedearbeiten  
fertigt an

Max Schwarz, Kupferschmiedemeister  
Stolp i. Pom.      Wollweberstr. 2